01.02.2016

Beschlüsse der 3. Sitzung des 58. Studierendenparlaments

1. Bestätigung von ReferentInnen

Linda Schmeißer wird als Referentin für Soziales & Bildung vom Studierendenparlament bestätigt.

Desiree Hilmer wird als Referentin für Diversity & Kultur vom Studierendenparlament bestätigt.

2. Antrag Wahlkampfunterstützung

Der Antrag der Juso-Hochschulgruppe zur Verlängerung der Frist zur Einreichung der Anträge auf Wahlkampfunterstützung bis zum 08.02.2016 wird vom Studierendenparlament angenommen.

3. Antrag Unigolfteam

Der Antrag zur Eintragung der Vereinigung in die vom Rektorat geführte Liste wird vom Studierendenparlament angenommen.

4. Antrag Law Clinic Münster

Der Antrag zur Eintragung der Vereinigung in die vom Rektorat geführte Liste wird vom Studierendenparlament angenommen.

5. Antrag Alternative für Dir

Der Antrag zur Eintragung der Vereinigung in die vom Rektorat geführte Liste wird vom Studierendenparlament angenommen.

Anhang

Antrag an das Studierendenparlament: Aussetzung der Frist für den Antrag auf Wahlkampfunterstützung

Antragstellerin: Juso-Hochschulgruppe

Das Studierendenparlament möge beschließen:

Die Frist zur Einreichung der Anträge auf Wahlkampfunterstützung für die Wahl zum Studierendenparlament 2015 wird bis zum 08.02.2016 verlängert.

Begründung:

Die Wahlkampfunterstützung wurde am 19.10.2015 vom Studierendenparlament beschlossen. Dabei ist auch eine Frist zur Einreichung der Anträge festgelegt worden. Diese ging allerdings nur versteckt aus dem Protokoll der Sitzung des Studierendenparlamentes hervor und es gab darüber hinaus keinen ausdrücklichen Hinweis. Aufgrund dieses Umstandes haben es einige Wahllisten versäumt, die Anträge binnen der vorgegebenen Frist einzureichen. Da dies auch insbesondere auch die mangelnde Kenntlichmachung der Frist zurückzuführen ist, soll die Frist verlängert werden, damit alle Wahllisten die Möglichkeit haben, die Wahlkampfunterstützung zu erhalten. In Zukunft sollten die Fristen den Hochschulgruppen zudem besser kenntlich gemacht werden.

Westfälische Wilhelms-Universität Münster
Dez. 1.1, Frau Habrock
Schlossplatz 2
48149 Münster

Antrag zur Eintragung einer Vereinigung in die beim Rektorat geführte Liste

Sehr geehrte Frau Habrock,

hiermit beantrage ich für die Vereinigung Unigolfteam Münster e.V.
die Eintragung in die beim Rektorat geführte Liste. Beigefügt erhalten Sie unsere von
sieben Mitgliedern unterschriebene Satzung.

Mit freundlichen Grüßen

Hannes Kühn

Unterschrift

Wir unterstützen diesen Antrag:

Markus Brehm

: [Signature]

Unterschrift

Maximilian Kallmeyer

: [Signature]

Unterschrift

Victoria Christians

: [Signature]

Unterschrift

Nicola Rössler

: [Signature]

Unterschrift

Tim Tönnigsen

: [Signature]

Unterschrift

Hannes Kühn

: [Signature]

Unterschrift

Georg Rauchhaus

: [Signature]

Unterschrift

Anlage: Satzung der Vereinigung mit 7 Unterschriften

§1 Name und Sitz

Der Verein führt den Namen „Unigolfteam Münster“. Er soll in das Vereinsregister eingetragen werden und trägt dann den Zusatz „e.V.“. Der Verein hat seinen Sitz in Münster (Westfalen)

§2 Geschäftsjahr

Das Geschäftsjahr des Vereins ist das Kalenderjahr.

§3 Zweck des Vereins

Der Verein verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung. Der Zweck des Vereins ist die Förderung des Golfsports an den Münsteraner Hochschulen. Dabei soll der Kontakt unter den golfenden Studenten gefördert, die Sportart möglichst vielen neuen Spielern zugänglich gemacht und die sportliche Leistung durch einen Vergleich auf Wettkampfebene gesteigert werden. Der Satzungszweck wird insbesondere durch die Ausrichtung von Wettkämpfen und die Förderung der Kontakte der golfspielenden Studenten verwirklicht.

§4 Selbstlose Tätigkeit

Der Verein ist selbstlos tätig; er verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.

§5 Mittelverwendung

Die Mittel des Vereins dürfen nur für die satzungsgemäßigen Zwecke verwendet werden. Die Mitglieder erhalten keine Zuwendungen aus Mitteln des Vereins.

§ 6 Verbot von Begünstigungen

Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck des Vereins fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.

§7 Erwerb der Mitgliedschaft

Die Mitglieder können ordentliche und außerordentliche sein. Ordentliche Mitglieder sind Mitglieder der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster gem. § 9 Abs. 1 Hochschulgesetz

(HG). Außerordentliches Mitglied ist, wer die Voraussetzungen der ordentlichen Mitgliedschaft nicht erfüllt.

Die Voraussetzung für den Erwerb der Mitgliedschaft ist ein schriftlicher Aufnahmeantrag, der an den Vorstand gerichtet werden muss. Über den Aufnahmeantrag entscheidet der Vorstand nach freiem Ermessen. Gegen die Ablehnung, die keiner Begründung bedarf, steht dem/der Bewerber/in die Berufung an die Mitgliederversammlung zu, welche dann endgültig entscheidet.

§8 Ehrenmitgliedschaft

Auf Vorschlag des Vorstandes kann die Mitgliederversammlung Ehrenmitglieder auf Lebenszeit ernennen.

§9 Beendigung der Mitgliedschaft

Die Mitgliedschaft endet durch Tod, Ausschluss, oder Austritt aus dem Verein. Der Austritt erfolgt durch schriftliche Erklärung gegenüber dem Vorstand. Der Austritt kann nur zum Ende eines Geschäftsjahres erklärt werden, wobei eine Kündigungsfrist von drei Monaten einzuhalten ist. Ein Ausschluss kann nur aus wichtigem Grund erfolgen. Ein wichtiger Grund liegt vor, wenn ein Mitglied schuldhaft in grober Weise gegen die Interessen und Zwecke des Vereins verstößt. Über den Ausschluss entscheidet der Vorstand. Gegen den Beschluss des Vorstandes kann das Mitglied Berufung an die Mitgliederversammlung einlegen. Diese ist schriftlich innerhalb eines Monats an den Vorstand zu richten. Die Mitgliederversammlung entscheidet im Rahmen des Vereins endgültig.

§10 Beiträge

Von den Mitgliedern können Mitgliedsbeiträge und zur Finanzierung besonderer Vorhaben Umlagen erhoben werden. Die Höhe der Beiträge und deren Fälligkeit bestimmt die Mitgliederversammlung.

§ 11 Organe des Vereins

Die Organe des Vereins sind:

- die Mitgliederversammlung
- der Vorstand.

§ 12 Mitgliederversammlung

Die Mitgliederversammlung ist das oberste Organ des Vereins. Sie besteht aus allen Mitgliedern des Vereins. Zu den Aufgaben der Mitgliederversammlung gehören insbesondere die Wahl und Abwahl des Vorstands, Entlastung des Vorstands, Entgegennahme der Berichte des Vorstandes, die Wahl der Kassenprüfer/innen, Festsetzung von Beiträgen, Umlagen und deren Fälligkeit, Beschlussfassung über eine jährliche pauschale Tätigkeitsvergütung für die Vorstandsmitglieder, Beschlussfassung über die Änderung der Satzung, Beschlussfassung über die Auflösung des Vereins, Entscheidung über Aufnahme und Ausschluss von Mitgliedern in Berufungsfällen sowie weitere Aufgaben, soweit sich diese aus der Satzung oder nach dem Gesetz ergeben.

Im ersten Quartal eines jeden Geschäftsjahres findet eine ordentliche Mitgliederversammlung statt. Der Vorstand ist zur Einberufung einer außerordentlichen Mitgliederversammlung verpflichtet, wenn mindestens ein Drittel der Mitglieder dies schriftlich unter Angabe von Gründen verlangt.

Die Mitgliederversammlung wird vom Vorstand unter Einhaltung einer Frist von zwei Wochen schriftlich unter Angabe der Tagesordnung einberufen. Die Frist beginnt mit dem auf die Absendung des Einladungsschreibens folgenden Tag. Das Einladungsschreiben gilt als den Mitgliedern zugegangen, wenn es an die letzte dem Verein bekannt gegebene E-Mailadresse gerichtet war. Die Tagesordnung ist zu ergänzen, wenn dies ein Mitglied bis spätestens eine Woche vor dem angesetzten Termin schriftlich beantragt. Die Ergänzung ist zu Beginn der Versammlung bekanntzumachen.

Anträge über die Abwahl des Vorstands, über die Änderung der Satzung und über die Auflösung des Vereins, die den Mitgliedern nicht bereits mit der Einladung zur Mitgliederversammlung zugegangen sind, können erst auf der nächsten Mitgliederversammlung beschlossen werden.

Die Mitgliederversammlung ist ohne Rücksicht auf die Zahl der erschienenen Mitglieder beschlussfähig. Die Mitgliederversammlung wird von einem Vorstandsmitglied geleitet. Zu Beginn der Mitgliederversammlung ist ein Schriftführer zu wählen.

Jedes Mitglied hat eine Stimme. Das Stimmrecht kann nur persönlich oder für ein Mitglied unter Vorlage einer schriftlichen Vollmacht ausgeübt werden.

Bei Abstimmungen entscheidet die einfache Mehrheit der abgegebenen Stimmen.

Satzungsänderungen und die Auflösung des Vereins können nur mit einer Mehrheit von 2/3 der anwesenden Mitglieder beschlossen werden.

Stimmenthaltungen und ungültige Stimmen bleiben außer Betracht.

Über die Beschlüsse der Mitgliederversammlung ist ein Protokoll anzufertigen, das vom Versammlungsleiter und dem Schriftführer zu unterzeichnen ist.

§ 13 Vorstand

Der Vorstand im Sinne des § 26 BGB besteht aus dem/der Vorsitzenden und einem/r Stellvertreter/in. Sie vertreten den Verein gerichtlich und außergerichtlich. Die zwei Vorstandsmitglieder vertreten gemeinsam. Der Vorstand wird von der Mitgliederversammlung auf die Dauer von einem Jahr gewählt. Vorstandsmitglieder können nur Mitglieder des Vereins werden. Eine Wiederwahl ist zulässig. Der Vorstand bleibt solange im Amt, bis ein neuer Vorstand gewählt ist.

§ 14 Kassenprüfung

Die Mitgliederversammlung wählt für die Dauer von einem Jahr eine/n Kassenprüfer/in. Diese/r darf nicht Mitglied des Vorstands sein. Eine Wiederwahl ist zulässig.

§ 15 Auflösung des Vereins

Bei Auflösung oder Aufhebung des Vereins oder bei Wegfall steuerbegünstigter Zwecke fällt das Vermögen des Vereins an den Förderkreis Hochschulsport Münster e.V., der es unmittelbar und ausschließlich für gemeinnützige Zwecke zu verwenden hat.

Münster, 06.01.2016

Unterschriften:

Hannes Kühn
Nicole Koster
[Signature]
T. Anzian

V. Taup
[Signature]
[Signature]

Westfälische Wilhelms-Universität Münster
Dez. 1.1, Frau Habrock
Schlossplatz 2
48149 Münster

Antrag zur Eintragung einer Vereinigung in die beim Rektorat geführte Liste

Sehr geehrte Frau Habrock,

hiermit beantrage ich für die Vereinigung Law Clinic Münster - Studentische Rechtsberatung (e.V.) die Eintragung in die beim Rektorat geführte Liste. Beigefügt erhalten Sie unsere von sieben Mitgliedern unterschriebene Satzung.

Mit freundlichen Grüßen

L. Schubert

Unterschrift

Wir unterstützen diesen Antrag:

: C. Thiessen (Christopher Thiessen)
Unterschrift

: R. Niemann (Hannah Reiden Niemann)
Unterschrift

: M. Loh (Moritz Loh)
Unterschrift

: D. Nickisch (Daniel Nickisch)
Unterschrift

: L. Schubert (Korinna Schubert)
Unterschrift

: M. Kistzer (Marius Kistzer)
Unterschrift

: F. Jordan (Franziska Jordan)
Unterschrift

Anlage: Satzung der Vereinigung mit 7 Unterschriften

Westfälische Wilhelms-Universität Münster
Dez. 1.1, Frau Habrock
Schlossplatz 2
48149 Münster

Antrag zur Eintragung einer Vereinigung in die beim Rektorat geführte Liste

Sehr geehrte Frau Habrock,

hiermit beantrage ich für die Vereinigung Law Clinic Münster - Studentische Rechtsberatung (e.V.) die Eintragung in die beim Rektorat geführte Liste. Beigefügt erhalten Sie unsere von sieben Mitgliedern unterschriebene Satzung.

Mit freundlichen Grüßen

L. Schubert

Unterschrift

Wir unterstützen diesen Antrag:

: C. Thiessen (Christopher Thiessen)
Unterschrift

: R. Niemann (Hannah Reiden Niemann)
Unterschrift

: M. Loh (Moritz Loh)
Unterschrift

: D. Nickisch (Daniel Nickisch)
Unterschrift

: L. Schubert (Korinna Schubert)
Unterschrift

: M. Kistzer (Marinus Kistzer)
Unterschrift

: F. Jordan (Franziska Jordan)
Unterschrift

Anlage: Satzung der Vereinigung mit 7 Unterschriften

Satzung „Law Clinic Münster - Studentische Rechtsberatung e.V.“

I. Allgemeines

§ 1 Name, Sitz, Geschäftsjahr

- 1) Der Verein führt den Namen „Law Clinic Münster – Studentische Rechtsberatung e.V.“. Er ist in das Vereinsregister eingetragen.
- 2) Sitz des Vereins ist Münster (Westfalen).
- 3) Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

§ 2 Zweck des Vereins

- 1) Der Zweck des Vereins ist die Vermittlung berufsbildender Kenntnisse für Studierende der Rechtswissenschaften. Mittels der Mitarbeit an realen Lebenssachverhalten und unter Anleitung einer zum Richteramt befähigten Person sollen die Studierenden lernen, ihre erworbenen theoretischen Kenntnisse in einem praktischen Zusammenhang anzuwenden. Gefördert werden soll dadurch eine praxisnahe juristische Ausbildung. Daneben verfolgt der Verein die Förderung der Mildtätigkeit und der Hilfe für Flüchtlinge. Durch die von Studierenden und zum Richteramt Befähigten gemeinsam geleistete Rechtsberatung sollen Menschen i.S.d. §53 AO und Flüchtlingen i.S.d. §52 II Nr.10 AO, die aufgrund finanzieller und/oder sozialer Barrieren keinen Zugang zu Rechtsberatung haben, kostenlos Hilfe erhalten.
- 2) Der Satzungszweck wird insbesondere verwirklicht, durch
 - a. die Einrichtung eines Beratungsangebots, an dem Vereinsmitglieder unter Anleitung einer zum Richteramt befähigten Person, zum Beispiel durch das Verfassen von Schriftsätzen, an der Erbringung einer unentgeltlichen Rechtsdienstleistung für Bedürftige außerhalb familiärer, nachbarschaftlicher oder ähnlich enger persönlicher Beziehungen i.S.d § 6 Rechtsdienstleistungsgesetzes teilnehmen können;
 - b. die Einweisung und Fortbildung der Studierenden mittels eines vom Verein eigenständig organisierten und koordinierten, breiten Seminarangebots zur Vorbereitung, Begleitung und Nachbereitung der Mitarbeit bei der unentgeltlichen Rechtsdienstleistung, während derer die Studierenden Kenntnisse über die für die Rechtsberatung relevanten Rechtsgebiete bzw. anwaltliche Arbeitsweise erhalten und im Umgang mit Ratsuchenden geschult werden;
 - c. die Kooperation mit Wohlfahrtsverbänden, mit deren Hilfe es der Law Clinic Münster – Studentischen Rechtsberatung e.V. möglich ist, gerade jene zu erreichen, die der unentgeltlichen Rechtsberatung bedürftig sind und diese nicht auf anderem Wege erhalten hätten.

§2a Selbstlosigkeit/Gemeinnützigkeit

- 1) Der Verein ist unabhängig, überparteilich und überkonfessionell. Er ist selbstlos tätig und verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige und mildtätige Zwecke im Sinne des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung.
- 2) Mittel des Vereins dürfen nur für satzungsgemäße Zwecke verwendet werden. Alle Mitglieder sind ehrenamtlich tätig und erhalten keine Zuwendungen aus den Mitteln des Vereins. Sie haben bei ihrem Ausscheiden sowie bei der Auflösung oder Aufhebung des Vereins keinen Anspruch auf Rückgabe bezahlter Beiträge oder auf das Vermögen des Vereins.
- 3) Insbesondere erhalten die Mitglieder des Beirates keine Entlohnung oder Entschädigung für die aufgewendete Zeit. Sie unterstützen den Verein ausschließlich ehrenamtlich.
- 4) Keine Person darf durch Ausgaben, die dem Zweck des Vereins fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.

II. Mitgliedschaft

§ 3 Mitglieder

- 1) Ordentliche Mitglieder können nur Mitglieder der WWU Münster gem. § 9 Abs. I Hochschulgesetz (HG) sein.
- 2) Den Status eines fördernden Mitglieds kann jede natürliche oder juristische Person erlangen.
- 3) Die Mitglieder sind verpflichtet, die Interessen des Vereins nach Kräften zu fördern und alles zu unterlassen, wodurch das Ansehen und der Zweck des Vereins gefährdet werden könnte.
- 4) Mitglieder haben die Satzung und die Beschlüsse der Vereinsorgane zu beachten. Die Mitglieder wirken an der Willens- und Meinungsbildung in dem Verein mit und beteiligen sich an der Verwirklichung der Vereinszwecke.

§ 4 Erwerb und Verlust der Mitgliedschaft

- 1) Voraussetzung für den Erwerb der Mitgliedschaft ist ein an den Vorstand zu richtender Aufnahmeantrag, indem sich der Antragsteller zur Einhaltung der Satzungsbestimmungen verpflichtet.
- 2) Über die Aufnahme als Mitglied entscheidet der Vorstand.
- 3) Die ordentliche Mitgliedschaft endet
 - a. mit dem Tod;
 - b. mit Exmatrikulation oder Beendigung des Arbeitsverhältnisses oder Dienstverhältnisses mit der Hochschule, sofern nicht das jeweils andere Verhältnis weiterbesteht;
 - c. mit dem Austritt;

- d. mit dem Ausschluss.
- 4) Der Austritt ist dem Vorstand schriftlich anzuzeigen und bedarf keiner Begründung.
- 5) Über den Ausschluss eines ordentlichen oder außerordentlichen Mitglieds entscheidet der Vorstand. Ein entsprechender Beschluss ist mit einfacher Mehrheit zu fassen. Vor der Beschlussfassung ist dem Mitglied Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben. Der Ausschluss eines Mitglieds ist den übrigen Mitgliedern unverzüglich anzuzeigen und zu begründen. Die Mitgliederversammlung kann den Ausschluss binnen Jahresfrist mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen für unwirksam erklären. Ein Ausschluss ist nur zulässig:
 - a. bei Rückstand der Zahlung des Mitgliedsbeitrages trotz schriftlicher Mahnung mit Hinweis auf drohenden Ausschluss.
 - b. wegen vereinschädigendem Verhalten, insbesondere bei
 - i. Veruntreuung von Vermögen;
 - ii. schwerwiegendem Verstoß gegen Vertraulichkeitspflichten oder
 - iii. wiederholter Verweigerung der Übernahme interner Aufgaben und Pflichten.

§ 5 Beiträge

- 1) Der Verein erhebt einen jährlichen Mitgliedsbeitrag. Der Mitgliedsbeitrag muss den Aufgaben des Vereins angemessen sein und darf nur zu deren Erfüllung verwendet werden. Der Mitgliedsbeitrag darf aufgrund seiner Höhe nicht geeignet sein, Studierende aus sozialen Gründen von einer Mitgliedschaft abzuhalten oder auszuschließen.
- 2) Näheres beschließt die Mitgliederversammlung.

III. Organe

§ 6 Organe

Organe des Vereins sind der Vorstand, der Beirat und die Mitgliederversammlung.

§ 7 Vorstand

- 1) Der Vorstand vertritt den Verein als gesetzlicher Vertreter nach außen. Er besteht aus dem Vorsitzenden, seinem Stellvertreter und mindestens einer weiteren Person. Der Verein kann nur durch mindestens zwei Vorstandsmitglieder, von denen einer Vorsitzender oder stellvertretender Vorsitzender des Vereins ist, nach außen vertreten werden.
- 2) Der Vorstand wird von der Mitgliederversammlung für ein Jahr bestellt. Er bleibt solange im Amt bis ein neuer Vorstand gewählt ist.

- 3) Der Vorstand übernimmt besondere Aufgaben innerhalb des Vereins. Dazu zählen insbesondere
- a. die Sicherstellung der Satzungskonformität jeglicher Handlungen im Rahmen des Vereins;
 - b. die Freigabe von Mitteln für geeignete Maßnahmen im Sinne des § 2 Abs. 1 dieser Satzung;
 - c. die Buchhaltung inklusive des Geschäftsjahrschlusses;
 - d. alle weiteren Aufgaben, die ihrer Art und ihrem Umfang nach dem Vorstand zugeordnet werden können. Bestehen schwerwiegende Zweifel über Art und Umfang der Aufgaben, so entscheidet die Mitgliederversammlung mit Stimmmehrheit über die Zuordnung der Aufgabe.

Der Vorstand kann bei Bedarf zur Unterstützung bei der Wahrnehmung seiner Aufgaben sich freiwillig meldende Mitglieder berufen. Dies gilt nicht für die Freigabe von Mitteln nach § 7 Abs. 3 S. 2 lit. b. oder einer sonstigen Freigabe für die Verwendung von finanziellen oder materiellen Mitteln.

- 4) Die Vorstandsmitglieder sind einzeln, bei besonderem Antrag zudem in geheimer Abstimmung zu wählen. Wählbar sind ordentliche Mitglieder.
- 5) Scheidet ein Vorstandsmitglied während seiner Amtsperiode aus seinem Amt aus, bestellt die nächste turnusmäßige Mitgliederversammlung ein Ersatzmitglied für die restliche Amtszeit.
- 6) Beschlüsse trifft der Vorstand mit Stimmenmehrheit und unter Berücksichtigung von Stellungnahmen der Mitgliederversammlung. Der Vorstand ist beschlussfähig, wenn mindestens zwei Vorstandsmitglieder anwesend sind. Bei Anwesenheit von nur zwei Vorstandsmitgliedern erfolgt die Beschlussfassung einstimmig. Beschlüsse sind für die Mitgliederversammlung nachvollziehbar zu dokumentieren und zu begründen, insbesondere hinsichtlich
- a. Zeit und Ort;
 - b. Namen der Anwesenden Vorstandsmitglieder;
 - c. der gefassten Beschlüsse und der dazugehörigen beschließenden Mehrheiten.

§ 8 Der Beirat

- 1) Aufgabe des Beirats ist es, auf die zu erbringende Rechtsdienstleistung vorzubereiten und einzuweisen, sowie direkt an ihr mitzuwirken, soweit dies erforderlich ist. Dazu vermittelt der Beirat in eigens dafür eingerichteten Lehrveranstaltungen für die Rechtsdienstleistung nötige Fähigkeiten (z.B. Kenntnis in spezifischen Rechtsgebieten; anwaltliche und administrative Fähigkeiten). Zudem nimmt mindestens ein zum Richteramt befähigtes Mitglied des Beirats an den Sprechstunden der Law Clinic Münster – Studentische Rechtsberatung e.V. teil.
- 2) Der Beirat besteht aus zum Richteramt befähigten Personen. Daneben können auch solche Personen Teil des Beirates bilden, die die Arbeit des Vereins in sonstiger Weise maßgeblich fördern bzw. für die Ausbildung der ordentlichen Mitglieder in sonstiger Weise nützlich sind, z.B. Mitarbeiter der kooperierenden

Wohlfahrtsverbände oder Dolmetscher. Die Mitglieder des Beirats werden von der Studentischen Rechtsberatung Münster öffentlich bekannt gegeben.

- 3) Der Beirat wird vom Vorstand mit einfacher Mehrheit gewählt. Über die Aufnahme einer Person in den Beirat kann jederzeit abgestimmt werden. Die Zahl der Mitglieder des Beirates ist nicht begrenzt.

§ 9 Aufgaben und Einberufung der Mitgliederversammlung

- 1) Die Mitgliederversammlung ist oberstes Organ des Vereins.
- 2) Die Mitgliederversammlung stellt die Richtlinien für die Arbeit des Vereins auf und entscheidet Fragen von grundsätzlicher Bedeutung. Ihre Aufgaben sind insbesondere
 - a. Wahl, Abwahl und Entlastung des Vorstands;
 - b. Festlegung des Mitgliedsbeitrags;
 - c. Beschlussfassung über Satzungsänderungen;
 - d. Beschlussfassung über Anträge des Vorstands und der Mitglieder;
 - e. Beschlussfassung über die Auflösung des Vereins.
- 3) Vom Vorstand zu tätige Rechtsgeschäfte mit einem Wert von mehr als 5000 Euro bedürfen der Zustimmung der Mitgliederversammlung. Des Weiteren ist der Vorstand nicht ohne Zustimmung der Mitgliederversammlung berechtigt, Immobiliengeschäfte abzuschließen oder Darlehensverpflichtungen für den Verein zu begründen. Diese Regelung gilt nur im Innenverhältnis.
- 4) Die Mitgliederversammlung tagt so oft es erforderlich ist, mindestens jedoch einmal im Geschäftsjahr zur Wahl des neuen Vorstandes.
- 5) Die Mitgliederversammlung wird durch den Vorstand einberufen. Hierzu wird unter Angabe der Tagesordnung mindestens zwei Wochen vor dem Tag der Mitgliederversammlung vom Vorstandsvorsitzenden oder dessen Vertretern – schriftlich oder elektronisch per E-Mail – eingeladen.
- 6) Der Vorstand ist zur Einberufung der Mitgliederversammlung verpflichtet, wenn mindestens ein Viertel, jedenfalls aber 10 Mitglieder dies schriftlich unter Angabe des Zwecks und der Gründe für die Einberufung verlangt. In diesem Fall sind die Mitglieder unter Bekanntgabe der Tagesordnung mindestens zwei Wochen vor dem Tag der Mitgliederversammlung vom Vorstandsvorsitzenden oder dessen Vertretern – schriftlich oder elektronisch per E-Mail – einzuladen.

§ 10 Antrags- und Stimmberechtigung

- 1) Jedes ordentliche Mitglied des Vereins ist antragsberechtigt. Über Anträge kann nur in Anwesenheit oder bei Vertretung des Antragsstellers abgestimmt werden.
- 2) Stimmberechtigt, mit je einer Stimme, ist jedes in der Mitgliederversammlung anwesende ordentliche Mitglied.

- 3) Jedes Mitglied kann sich durch ein anderes Mitglied mit schriftlicher Vollmacht, die als Anhang dem Protokoll beizufügen ist, vertreten lassen. Ein ordentliches Mitglied kann bis zu fünf nicht anwesende Mitglieder vertreten.

§ 11 Beschlussfassung der Mitgliederversammlung

- 1) Die Mitgliederversammlung wird in der Regel vom Vorstandsvorsitzenden – bei dessen Verhinderung vom stellvertretenden Vorsitzenden – geleitet. Die Leitung der Mitgliederversammlung kann mit mehrheitlicher Zustimmung auf einen Dritten übertragen werden.
- 2) Die Mitgliederversammlung ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte der ordentlichen Mitglieder anwesend oder vertreten ist. Die Beschlussfähigkeit wird nur auf Antrag festgestellt.
- 3) Bei Beschlussunfähigkeit ist der Vorstand verpflichtet, innerhalb von vier, frühestens jedoch zwei Wochen, eine weitere Mitgliederversammlung einzuberufen. Wird wegen Beschlussunfähigkeit zum selben Tagesordnungspunkt ein zweites Mal eingeladen, so ist die Mitgliederversammlung unabhängig von der Anzahl der erschienenen Mitglieder beschlussfähig.
- 4) Beschlüsse werden mit einfacher Stimmenmehrheit gefasst, soweit gesetzliche Vorschriften oder die Satzung nichts anderes bestimmen.
- 5) Die Beschlussfassung erfolgt in der Regel in offener Abstimmung. Sie kann auf Antrag eines anwesenden Mitglieds geheim und schriftlich erfolgen. Der Antrag muss von mindestens einem Viertel der Mitgliederversammlung unterstützt werden. Wahlen sind geheim.
- 6) Ein Bewerber ist gewählt, wenn er die absolute Mehrheit der gültigen Stimmen erhält. Erhält kein Bewerber diese Mehrheit, so findet ein zweiter Wahlgang statt. Im zweiten Wahlgang können nur die zwei Bewerber gewählt werden, die im ersten Wahlgang die meisten Stimmen erhalten haben und weiterhin kandidieren. Vor jedem Wahlgang ist jedem Bewerber die Möglichkeit für eine Stellungnahme zu geben. Über die Länge der Stellungnahme entscheidet der Vorstand nach Ermessen.

§ 12 Satzungsänderungen

- 1) Ein Beschluss über Änderungen der Satzung bedarf einer Mehrheit von drei Vierteln der abgegebenen Stimmen. Die Zustimmung der nicht erschienenen ordentlichen Mitglieder muss schriftlich erfolgen, soweit sie nicht nach dieser Satzung ordnungsgemäß vertreten werden.
- 2) Anträge auf Änderungen der Satzung müssen – mit ihrem Inhalt – zusammen mit der vorläufigen Tagesordnung bekanntgegeben werden.
- 3) Dringlichkeitsanträge, die ihrer Art nach nicht auf diesem Wege bekanntgegeben werden konnten, bedürfen zu ihrer Zulassung zur Tagesordnung einer Mehrheit von zwei Dritteln der abgegebenen Stimmen. Sonstige Initiativanträge bezüglich Satzungsänderungen sind unzulässig.

§ 13 Niederschrift

- 1) Die Mitgliederversammlung bestimmt zu Beginn der Versammlung mindestens einen Protokollführer. Der Protokollführer muss nicht Mitglied des Vereins sein. Über den Ablauf der Mitgliederversammlung ist ein Protokoll anzufertigen, insbesondere hinsichtlich
 - a. Ort und Zeit;
 - b. Namen der Anwesenden und Stimmberechtigten;
 - c. gefasster Beschlüsse und den dazugehörigen beschließenden Mehrheiten.
- 2) Das Protokoll ist vom Versammlungsleiter und dem jeweiligen Protokollanten zu unterschreiben.
- 3) Das Protokoll ist allen ordentlichen Mitgliedern bei nächster Gelegenheit zugänglich zu machen. Die Zugänglichmachung kann schriftlich per Post oder elektronisch per E-Mail erfolgen.

IV. Sonstige Bestimmungen

§ 14 Ordnungen

Die Mitgliederversammlung kann bei Bedarf – insbesondere zur Durchführung, Konkretisierung und Ergänzung dieser Satzung – Ordnungen mit der Mehrheit ihrer Stimmen erlassen. Dazu zählen unter anderem eine Geschäftsordnung, eine Finanzordnung, eine Beitragsordnung sowie eine Ehrungsordnung.

§ 15 Auflösung

- 1) Der Verein kann durch Beschluss der Mitgliederversammlung aufgelöst werden. Zur Auflösung ist eine Mehrheit von drei Vierteln der anwesenden bzw. satzungsgemäß vertretenen ordentlichen Mitglieder erforderlich.
- 2) Bei Auflösung des Vereins fällt das Vermögen an die WWU Münster. Das Vermögen des Vereins soll von der WWU Münster ausschließlich für unmittelbar und ausschließlich mildtätige oder gemeinnützige Zwecke i.S.d. in §2 I dieser Satzung bezeichneten Zwecks eingesetzt werden.

§ 16 Salvatorische Klausel

Sollten Bestimmungen dieser Satzung nichtig oder unwirksam sein oder werden, so wird die Geltung der übrigen Bestimmungen hierdurch nicht berührt. Die nichtige oder unwirksame Bestimmung ist in wirksamer Weise zu ergänzen, sodass der mit der nichtigen oder unwirksamen Bestimmung beabsichtigte Zweck bestmöglich erreicht wird. Dies gilt auch, wenn bei der Durchführung dieser Satzung eine ergänzungsbedürftige Lücke offenbar wird.

V. Anhänge zur Satzung

Anhang 1: Konzept der Law Clinic Münster – Studentische Rechtsberatung e.V.

R. Müller

M. Lohr

M. Müller

Dr. Nickisch

L. Schubert

M. Müller

F. Jochen

AfD Hochschulgruppe
WWU/Uni Münster

Alternative

für Dir

AfD Hochschulgruppe WWU/Uni Münster
"Alternative für Dir"
für Rückfragen könnt ihr uns vorläufig an diese
Adresse mailen: dielistems@gmail.com

im Jan 22.01

Verehrtes Studierendenparlament,

Wir wollen an dieser Stelle darum bitten, in unserem Bestreben als offizielle Hochschulgruppe an der Universität Münster anerkannt zu werden, dass ihr uns dafür euren Segen aussprecht. Wir sind eine relativ junge Hochschulgruppe und haben uns spontan am 20. bzw. 21.01. diesen Jahres im Rahmen einer Veranstaltung der sog. Alternative für Deutschland an der Universität Münster gegründet.

Erschrocken mussten wir zur Kenntnis nehmen, dass besagte Gruppe sich an der Hochschule breit machen möchte. Da wir einerseits die Werte dieser Partei definitiv nicht teilen, haben wir jedoch noch viel pragmatischere, mondänere Sorgen: Die namentliche Ähnlichkeit und damit verbundene Vor- oder Nachteile. Insofern fürchten wir um unseren guten Ruf als "Alternative für Dir", die wir nicht mit Gruppen in einem Topf geschmissen werden wollen, die in erster Linie für ihren versteckten Rechtsextremismus bekannt sind.

Da die öffentliche Wahrnehmung immer mehr von einem Kampf und Namen und Begrifflichkeiten dominiert wird, sehen wir uns gezwungen zu handeln und unsere offizielle Gründung mit unserem uns angestammten und identitätsgeladenen Namen zu beschleunigen, damit nicht irgendeine dahergelaufene Spaßliste wie die Hochschulgruppe der "Alternative für Deutschland", bei der ohnehin die Sinnhaftigkeit einer Hochschulgruppe bezweifelt werden dürfte (dürfen wir zukünftig etwa mit Phrasen wie "Mensa raus aus dem Euro" oder "Der AStA ist nicht das Weltsozialreferat!"), diesen Namen wegschnappt und verunreinigt. In diesem Sinne bitten wir um eure Zustimmung zu unserem Antrag auf Anerkennung als offizielle Hochschulgruppe.

Unsere Satzung liegt den Unterlagen bei, an dieser Stelle noch ein paar Details über uns: Wir bestehen aktuell aus mindestens 7 Leuten (wie in der Satzung minimalst angefordert) und wollen in erster Linie unideologisch Alternativen zu.. Dingen.. diskutieren. Außerdem mögen wir romantische Spaziergänge am Strand.

Sollten einige Leute jetzt mahrende Stimmen erheben und uns vorwerfen wollen, wir würden jetzt nur im Eiltempo anerkannt werden wollen, damit die so genannte "echte" AfD-Hochschulgruppe diesen Namen nicht mehr verwenden kann: Wir, als aufrechte AfDler, geben euch unser Ehrenwort – wir wiederholen: Unser Ehrenwort, dass dem nicht so ist.

Mit freundlichen Grüßen,
eure Alternative für Dir-Hochschulgruppe

Eintragung von Vereinigungen

**Satzung der Hochschulgruppe "AfD
Hochschulgruppe WWU/Uni Münster"**
mit Mindestanforderungen (Stand: 09.01.2014)

§ 1 Name und Sitz

Die Vereinigung von Mitgliedern der WWU führt den Namen "AfD Hochschulgruppe WWU/Uni Münster". Sie hat ihren Sitz in Münster. Das Kürzel "AfD" steht für "Alternative für Dir".

§ 2 Zweck der Vereinigung

Zweck der Vereinigung ist die Diskussion als auch Etablierung alternativer Kritikforen an bestehenden Zuständen innerhalb der Hochschulpolitik.

§ 3 Mitglieder

Ordentliche Mitglieder der Vereinigung sind Mitglieder der WWU gem. § 9 Abs. 1 Hochschulgesetz (HG). Ehrenmitglieder, fördernde Mitglieder oder sonstige außerordentliche Mitglieder können auch Personen sein, die nicht Mitglieder der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster sind.

§ 4 Erwerb und Verlust der Mitgliedschaft

Voraussetzung für den Erwerb der Mitgliedschaft ist ein an den Vorstand zu richtender Aufnahmeantrag, in dem sich der Antragsteller zur Einhaltung der Satzungsbestimmungen verpflichtet.

Die Mitgliedschaft in der Vereinigung endet durch

- 1.) Austritt,
- 2.) Ausschluss oder
- 3.) Tod des Mitglieds.

§ 5 Beiträge

Die Vereinigung erhebt keine Beiträge.

§ 6 Organe der Vereinigung

Organe der Vereinigung sind:

- 1.) der Vorstand,
- 2.) die Mitgliederversammlung.

§ 7 Vorstand

(1) Der Vorstand vertritt die Vereinigung als gesetzlicher Vertreter nach außen. Er besteht aus dem Vorsitzenden und zwei Beisitzern und wird von der Mitgliederversammlung für die Dauer eines Geschäftsjahres gewählt.

(2) Die Amtsperiode des Vorstands endet mit Ablauf des Geschäftsjahres oder durch die jederzeit mögliche Wahl eines neuen Vorstands durch Zweidrittel der an-

Eintragung von Vereinigungen

wesenden Mitglieder der Mitgliederversammlung.

(3) Beschlüsse trifft der Vorstand mit Stimmenmehrheit.

§ 8 Mitgliederversammlung

(1) Die ordentliche Mitgliederversammlung wird durch den Vorstand einberufen. Sie findet mindestens einmal jährlich statt. Die ordentlichen Mitglieder der Vereinigung sind unter Bekanntgabe der Tagesordnung mindestens eine Woche vor dem Termin der Versammlung schriftlich einzuladen.

(2) Der Vorstand kann im Interesse der Vereinigung eine außerordentliche Mitgliederversammlung einberufen. Er ist hierzu verpflichtet, wenn ein Viertel der Mitglieder dies schriftlich unter Angabe des Zwecks und der Gründe verlangt. In diesem Fall sind die Mitglieder unter Bekanntgabe der Tagesordnung mindestens eine Woche vor dem Tag der außerordentlichen Mitgliederversammlung schriftlich einzuladen.

§ 9 Aufgaben der Mitgliederversammlung

Die Angelegenheiten der Vereinigung werden, soweit sie nicht vom Vorstand zu besorgen sind, durch Beschlussfassung in der Mitgliederversammlung geregelt.

Die Mitgliederversammlung hat folgende Aufgaben:

- 1.) *Wahl des Vorstands,*
- 2.) *Beschlussfassung über Satzungsänderungen,*
- 3.) *Beschlussfassung über Anträge des Vorstands und der Mitglieder,*
- 4.) *Beschlussfassung über die Gründung von Ausschüssen und deren Kompetenzen,*
- 5.) *Beschlussfassung über die Aufnahme und den Ausschluss von Mitgliedern,*
- 6.) *Beschlussfassung über die Auflösung der Vereinigung.*

§ 10 Beschlussfassung der Mitgliederversammlung

(1) Die Mitgliederversammlung ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte der ordentlichen Mitglieder anwesend ist. Die Beschlussfähigkeit wird nur auf Antrag festgestellt, jedoch nicht rückwirkend. Wird wegen Beschlussunfähigkeit zum selben Tagesordnungspunkt ein zweites Mal eingeladen, so ist die Mitgliederversammlung unabhängig von der Zahl der erschienenen Mitglieder beschlussfähig.

(2) Jedes ordentliche Mitglied der Vereinigung ist antragsberechtigt. Jedes in der Mitgliederversammlung anwesende ordentliche Mitglied ist stimmberechtigt und hat eine Stimme. Beschlüsse werden mit einfacher Stimmenmehrheit gefasst, soweit gesetzliche Vorschriften oder die Satzung nichts anderes bestimmen. Die Beschlussfassung erfolgt in der Regel in offener Abstimmung, Wahlen sind geheim.

Eintragung von Vereinigungen

(3) Ein Bewerber ist gewählt, wenn er die absolute Mehrheit der gültigen Stimmen erhält. Erhält kein Bewerber diese Mehrheit, so findet ein weiterer Wahlgang statt, in welchem die relative Mehrheit entscheidet. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Los.

§ 11 Niederschrift

Über alle Mitgliederversammlungen und Vorstandssitzungen ist eine Niederschrift anzufertigen, die vom Vorsitzenden und einem Vorstandsmitglied zu unterzeichnen ist.

§ 12 Auflösung der Vereinigung

Die Vereinigung kann durch Beschluss der Mitgliederversammlung aufgelöst werden. Zur Auflösung ist die Mehrheit von drei Vierteln der anwesenden Mitglieder erforderlich.

22.01.16
(Datum)

Luca Horoba (Luca Horoba)

Marlen Keß (Marlen Keß)

Florian Probst (Florian Probst)

Jonas Franke (Jonas Franke)

Ulrich Rittmann (Ulrich Rittmann)

Jana Vogt (Jana Vogt)

Christian Froch (Christian Froch)

Nicolas Fiedel (Nicolas Fiedel)

(Unterschriften von sieben Mitgliedern)

Die fett und kursiv gedruckten Textteile gehören nicht zu den Mindestanforderungen und können verändert werden.